

Übereinkunft

— zwischen —

der Schweiz und dem Fürstentum Liechtenstein
über die gegenseitige Zulassung der an der Grenze domicilierten
Medizinalpersonen zur Berufsausübung.

Abgeschlossen am 1. Juli 1885.



DER BUNDESRATH
DER
Schweizerischen Eidgenossenschaft

Dauf Einseit und Vorfing der zwiſſen
der Schweiz und dem Fürſtentum
Liechtenſtein am 1. Juli 1885 zu Wien
unter Ratifikationverbeſt von der
beiderſeitigen Bevollmächtigten abgeſchloſſenen Übere-
inkunft über die gegenseitige Zulaffung der an
der Grenze heimzuleitenden Malizinalpaupere zur
Lariffübung, welche Übereinkunft vom kaiser-
lichen Nationalrat am 18. Juni 1886 und vom
kaiserlichen Nationalrat am 23. gleichen Monats
geſamtigt worden iſt, und welche folgendenmaßen
lautet:

Der Bundesrat
der Schweizerischen Eidgenossenschaft

- und -

Seine Durchlaucht der regierende Fürst Johann II.
von und zu Liechtenstein,



haben es für nützlich befunden, gegenseitig die in der
Nähe der Grenze wohnhaften Ärzte, Kunst-
ärzte, Handwerker und Fabrikanten zur
Übung ihrer Berufstätigkeit zu er-
mächtigen, und haben zum Zweck des Abflusses einer
Einschlägigen Mannkraft zu Erhaltung der Gesundheit.

Der Bundesrat der Schweizerischen Eidgenossenschaft

habe außerordentlichen Gesandten und Bevollmächtigten
Minister, Herrn A. C. Aepli,

Seine Durchlaucht der regierende Fürst Johann II. von

und zu Liechtenstein:

habe außerordentlichen Gesandten und Bevollmächtigten
Dr. Hermann Stampe,

erklärt, auf Grund der ihnen erteilten Vollmachten, über
folgende Artikel übereingekommen sind:

Artikel 1.

Die spaniarischen Ärzte, Künstler, Gelehrte und Gelehrten, welche in der Kassa der spaniarisch-berufsprüfenden Gewerkschaft sind, sollen das Recht haben, ihre Berufstätigkeit auch in dem Europäischen Ausland in gleicher Weise, wie ihnen das in der Heimat gestattet ist, auszuüben, und umgekehrt sollen unter gleichen Bedingungen die berufsständigen Ärzte, Künstler, Gelehrten und Gelehrten zur Ausübung ihrer Berufstätigkeit in der spaniarischen Kassa der Gewerkschaft belagerten Orten befugt sein.

Artikel 2.

Die Spanier, welche in Gemäßheit des Artikels 1 in der Kassa der spaniarischen Gewerkschaft berufsständigen im Europäischen Ausland, belagerten Orten ihren Beruf ausüben, sollen nicht befugt sein, sich dort niederzulassen oder ein Domizil zu begründen, es sei denn, daß sie sich der in diesem Lande geltenden Gesetze und namentlich wesentlichen Prüfung unterwerfen.

Artikel 3.

Es gilt als selbstverständlich, daß die Oesterreichischen, Ungarischen und Galizischen Länder der bei den Ländern, denen sie von der Kaiserin im Artikel 1 dieser Übereinkunft zugesandten Befehle Gehorsam leisten wollen, sich bei der Ausführung ihrer Befehle in dem andern Lande der Zeit in dieser Beziehung geltenden Gesetze und Administrationsverfassungen zu unterwerfen haben.

Artikel 4.

Die gegenwärtige Übereinkunft soll geradzugleich nach beiderseits erfolgter Publikation derselben in Kraft treten, und sechs Monate nach deren erfolgter Kündigung seitens einer der beiden Regierungen ihre Wirksamkeit verlieren. Die soll ratifizirt, und die Ratifikationen sollen sobald als möglich in Wien abgetauscht werden.

Zu Urkunde dessen haben die Bevollmächtigten der selben unterzeichnet und ihr Siegel beigedrückt.

In zweifacher Ausfertigung gehalten zu Wien den

1. Juli 1885.

(Geg.) A. C. Lepici. (Geg.) Dr. Hampe.



erklärt

Ein vorstehende Uebereinkunft als angenommen und
ihnen ganzen Inhalt nach in Kraft zu setzen; und
verpflichtet im Namen der Schweizerischen Eidgenossen-
schaft, dieselbe, sobald es von ihr abhängt, jederzeit
zu beschaffen.

in Urkunde dessen

ist die gegenwärtige Ratifikation vom Bundesrath,
Landen und vom Kaiser der Eidgenossenschaft ein-
tragsmäßig und mit dem eidgenössischen Staats-
gel versehen worden.

— So geschehen in Bern —

am fünfundzwanzigsten Juni Eintausend acht Hundert

Just unläufig (25. Juni 1886).

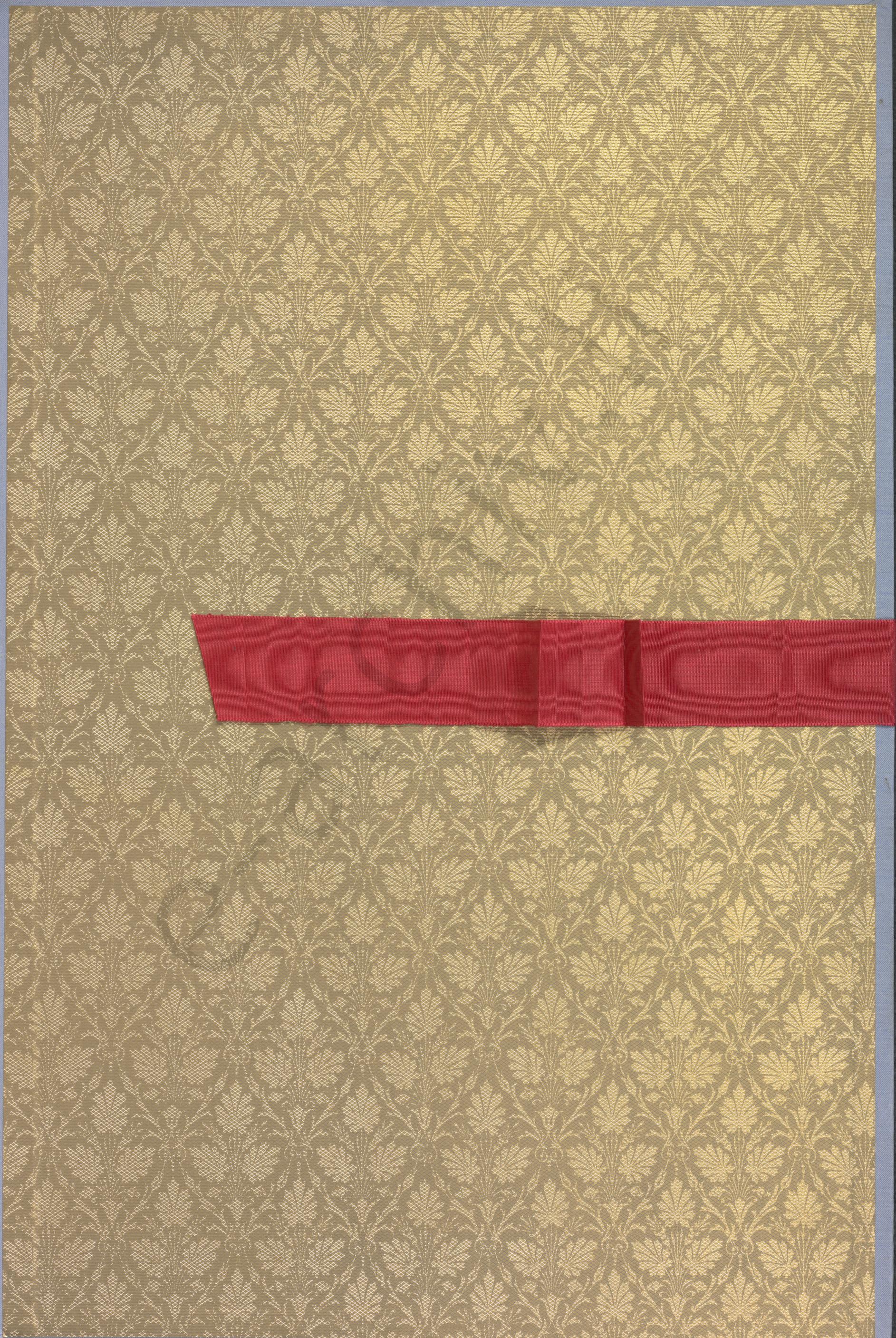
Im Namen des Schweiz. Bundesrates:
Der Bundespräsident,

Leuwy

Der Kanzler der Eidgenossenschaft,

Küngin





e-archiv.ru